

STATISTISCHES BUNDESAMT

P R O T O K O L L

über die

7. Tagung des Statistischen Beirats

3. und 4. Mai 1960 - Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. I

P r o t o k o l l

über die 7. Tagung des Statistischen Beirats

am 3. und 4. Mai 1960 in Wiesbaden

A n w e s e n d e :

=====

Präsident Dr. Fürst (als Vorsitzender)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
---	-------------------------	-----------

A. Vertreter der Bundesministerien:

Dr. Freiherr v. Roeder	Bundesmin.f.Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr.Graf v.Posadowsky- Wehner	Auswärtiges Amt	Bonn
Wahl	Bundesmin.d.Justiz	"
Dr. Rompe	" d.Finanzen	"
Dr. Häfner	" f.Ernährung, Landw. und Forsten	Bonn-Duisdorf
Bantzer	" "	" "
Dr. Scharlau	" f.Arbeit und Sozialordnung	" "
Dr. Adler	" f.Verteidigung	Bonn
P. Schmidt	" f.Verkehr	"
Dr. Saake	" "	"
Müller	" f.d.Post- und Fernmeldewesen	"
Arlt	" "	"
Dr. Fey	" f.Wohnungsbau	Bad Godesberg- Mehlem

Dr. Essen	Bundesmin.f.Vertriebene,Flücht- linge und Kriegsge- schädigte	Bonn
Fr.Dr. Drechsler	" f.gesamtdeutsche Fragen	"
Graf v. Korff	" f.Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	"
Gebauer	" f.Familien- und Jugendfragen	"
Dr. Stahl	" f.Atomkernenergie und Wasserwirtschaft	"
Kracht	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt/Main
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	" "
Dr. Hanau	" "	" "

B. Vertreter der Statistischen Landesämter:

Dr. Horn	Stat.Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Deneffe	" " Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders. Landesverwaltungsamt - Statistik -	Hannover
Dr. Tetzlaff	Stat.Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Lohmann	" " Nordrhein- Westfalen	Düsseldorf
Dr. Hüfner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Haas	" " Baden-Württemberg	Stuttgart
Schachtner	Bayer.Stat.Landesamt	München
Dr. Götz	Stat.Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Katsch	" Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen:

Dr. Mewes	Deutscher Städtetag	Braunschweig
Dr. Buhrow	" "	Köln
Dr. Schmidt	Deutscher Städtebund	Düsseldorf
Cholewa	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof.Dr. Herrmann	" " "	"
Dr. Degenhardt	" " "	Frankfurt/Main
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	"
Dr. Grosse	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Barth	Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels	Bonn
Beenken	Gesamtverband der Versicherungs- wirtschaft	Köln
Sardemann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt/Main
Bretschneider	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Braun	Ständige Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs	"
Dr. Wulf	" " " "	"
Prof.Dr.Gleitze	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	"
Dr. Schröder-Brzosniowsky	" " "	"

Apel	Deutsche Angestelltengewerkschaft	Hamburg
Dr. Hülten	Deutscher Beamtenbund	Köln
Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Bonn)	Berlin
Dr. Bischoff	Verein Statistik der Kohlenwirtschaft	Essen

D. Statistisches Bundesamt:

Die Abteilungsleiter Dr. Schucht, Dr. Szameitat, Dr. Bartels, Dr. Rauterberg, Dr. Werner, Schweda, Dr. Horstmann, Mengert, Prof. Dr. Dr. Koller; die Hauptreferenten und Referenten.

T a g e s o r d n u n g

=====

Allgemeines Diskussionsthema:

„Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1959“

1. Sitzungstag

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1959 und Ausblick auf die nächsten Jahre

1. Mehr Arbeit für das laufende Arbeitsprogramm
2. Neue Anforderungen an die Statistik
 - a) Wirtschafts- und Marktbeobachtung im Zusammenhang mit Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
 - b) Probleme der wirtschaftlichen Konzentration
 - c) Mittelstandsfragen
 - d) Vorausschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung
 - e) Statistiken über Atomenergie und Strahlenschutz
 - f) Bildungsfragen
3. Die Vervollständigung des statistischen Gesamtbildes
 - a) Statistiken der Vorgänge im Produktionsbereich und zugehörige Preisstatistiken
 - b) Statistiken der Erwerbstätigkeit und Beschäftigung
 - c) Statistiken der Einkommen
 - d) Statistiken der Nachfrage und des Verbrauchs und der dazugehörigen Preise
 - e) Finanzierungsvorgänge
 - f) Bevölkerungsstatistische Sondergebiete, Kulturstatistik
4. Fragen der statistischen Methodik und des Arbeitsprogramms im warenproduzierenden Bereich
5. Zur Problematik der Indexberechnungen, insbesondere Wahl eines neuen Basisjahres
6. Fragen der Prozedur bei der Vorbereitung neuer Statistiken
7. Stand der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik

8. Arbeits- und Zeitpläne 1959 und 1960
9. Rationalisierung der statistischen Arbeit
10. Die Beirats- und Fachausschußarbeit

II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen

III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

B. Bericht über die Vorarbeiten zum Zählungswerk 1960/62

- I. Vorbemerkungen
- II. Landwirtschaftszählung
- III. Handels- und Gaststättenzählung
- IV. Volks- und Berufszählung
- V. Arbeitsstättenzählung
- VI. Wohnungsstatistische Feststellungen
- VII. Verkehrszensus

2. Sitzungstag

C. Berichte der Abteilungen

- I. Allgemeine Organisation der Statistik
- II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung
- III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik
- IV. Industrie- und Handwerksstatistik
- V. Handels- und Verkehrsstatistik
- VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik
- VII. Finanz- und Steuerstatistik
- VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik
- IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

Wortlaut des Protokolls:

1. Sitzungstag (3. Mai 1960)

Präsident Dr. Fürst begrüßt die Teilnehmer und gibt die seit der letzten Tagung eingetretenen Veränderungen im Kreis der Beiratsmitglieder und der Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes bekannt. Er dankt insbesondere den wegen Eintritts in den Ruhestand ausgeschiedenen Mitgliedern Min.Dirig. a.D. Dr. Luyken, Präsident a.D. Dr. Wagner und Dr. Grünig für ihre langjährige wertvolle Mitarbeit beim Wiederaufbau der amtlichen deutschen Statistik nach dem Kriege.

Zur Tagesordnung sind dem Statistischen Bundesamt diesmal zahlreichere Anregungen als sonst gegeben worden. Sie wurden in der Tagesordnung berücksichtigt oder können im Zusammenhang mit den einzelnen Punkten diskutiert werden. Neben dem Hauptthema, dem Bericht über „Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1959“ (Amtsbericht) sollen zwei methodische Probleme, die für die Amtsarbeit von besonderer Bedeutung sind, in den Vordergrund der Diskussion gestellt werden. Einmal sind dies Fragen der statistischen Methodik und des Arbeitsprogramms im warenproduzierenden Bereich, zum anderen verschiedene Probleme, die sich im Zusammenhang mit den Indexberechnungen, insbesondere der Wahl eines neuen Basisjahres, stellen. Da Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu der versandten vorläufigen Tagesordnung nicht vorgebracht werden, wird diese nunmehr als endgültig angesehen.

A. I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1959 und Ausblick auf die nächsten Jahre

Dem Vorschlag des Vorsitzenden entsprechend, werden die Punkte

1. Mehr Arbeit für das laufende Arbeitsprogramm
2. Neue Anforderungen an die Statistik
3. Die Vervollständigung des statistischen Gesamtbildes

im Zusammenhang behandelt. Präsident Dr. Fürst weist noch einmal auf die im Amtsbericht dargelegten Schwierigkeiten hin, die dem Statistischen Bundesamt - unabhängig von der Durchführung neuer Aufgaben - allein durch die von Jahr zu Jahr erhöhten Anforderungen beim laufenden Arbeitsprogramm entstehen. Am Beispiel des Außenhandels mit seiner ständig steigenden Zahl von Anmeldescheinen zeigt sich deutlich, wieviel Mehrarbeit auch ohne Einführung neuer Statistiken entstehen kann. Auch die wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes brachte auf zahlreichen Arbeitsgebieten erhebliche Mehrarbeit mit sich. Der Vorsitzende dankt in diesem Zusammenhang dem Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes dafür, daß die Einbeziehung des Saarlandes in die Bundesstatistik in so kurzer Zeit und so reibungslos vollzogen werden konnte.

Andererseits mußte das Statistische Bundesamt auch mit zahlreichen neuen Anforderungen fertig werden, die von den parlamentarischen Gremien und den Bundesministerien gestellt worden sind bzw. die sich aus der verstärkten Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen ergeben haben. Der hierzu im Amtsbericht gegebene Überblick soll zeigen, daß sich das Amt auch stets bemüht hat, „nach vorn“ zu denken, um das statistische Instrumentarium so zu gestalten, daß es den praktischen und wissenschaftlichen Anforderungen genügen kann.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr ergänzt hierzu, daß im Amtsbericht mit Recht auf die Frage der Mittel für die wissenschaftliche Auswertung und Darstellung des vorhandenen statistischen Materials hingewiesen worden ist. Die manchmal recht beträchtlichen Kosten einer Erhebung - in erster Linie bei den Statistischen Ämtern, aber auch bei den Befragten selbst - seien nicht zu rechtfertigen, wenn nachher die Mittel für die Auswertung und die Veröffentlichung der Ergebnisse fehlten. Der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen erklärt hierzu, daß mit dem guten Willen der für den Haushalt zuständigen Stellen grundsätzlich gerechnet werden kann. Allerdings müßte im Einzelfall die Notwendigkeit der Ausgaben überzeugend dargelegt werden. Der Beirat bittet die zuständigen Instanzen, bei der Mittelbewilligung auch an die

Auswertung der Statistik und vor allem ganz allgemein an die Tatsache zu denken, daß ein Zuwachs an Arbeit auch ohne die Einführung neuer Statistiken entstehen kann.

Mit einiger Sorge hat der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr die Resonanz der Presse auf eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft verfolgt, die sich mit den Möglichkeiten und Grenzen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik befaßt. Nach den Darstellungen der Presse hätte das Ministerium die Gesamtrechnungen als hierfür ungeeignet bezeichnet. Demgegenüber sei festzustellen, daß die Gesamtrechnungen bei richtiger Handhabung, die man leider oft vermisst, nicht nur ein durchaus brauchbares, sondern auch ein notwendiges Instrument darstellen. Mit seiner Hilfe könne man wirtschaftspolitische Entscheidungen besser vorbereiten, als wenn man nur auf „Meinungen“ angewiesen sei oder bei seinen Vorstellungen über die Auswirkungen der Entschlüsse lediglich von Einzeltendenzen ausgehe, ohne das zahlenmäßige Gesamtbild der wirtschaftlichen Vorgänge zu sehen. Vom Statistischen Bundesamt wird besonders bedauert, daß der Begriff „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ für zwei völlig verschiedene Arbeitsgebiete gebraucht wird. Es müsse unterschieden werden zwischen den die Vergangenheit beobachtenden Gesamtrechnungen und der Vorausschätzung, die immer von gewissen unsicheren Annahmen abhängt und die natürlich viele Probleme enthält. Als Fortentwicklung der früheren Konjunkturbeobachtung bedeuteten die Gesamtrechnungen mit ihrer Darstellung der Gesamtzusammenhänge des Wirtschaftsablaufs aber eine erhebliche Verbesserung des statistischen Instrumentariums. Die Kritik des Ministeriums richte sich wohl mehr gegen die Versuche einer Vorausschau. Nach Auffassung des Vertreters des Bundesministeriums für Wirtschaft ist bei der Beurteilung der Gesamtrechnungen der Unterschied zwischen der ex-post- und der ex-ante-Darstellung nicht so wesentlich. Im übrigen sei die Frage, ob die Vorbehalte des Ministeriums richtig seien, von grundlegender Bedeutung und müßte eigentlich im Wirtschaftskabinetts behandelt werden. Präsident Dr. Fürst stellt hierzu fest, daß die Diskussion des gesamten Problems zweifellos nicht in den Bei-

rat, sondern vielmehr in den Interministeriellen Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ beim Bundesministerium für Wirtschaft gehöre. Sie könnte jedoch erleichtert werden, wenn das Ministerium sich künftig zur Verwendung einer unmißverständlichen Terminologie, d.h. einer Trennung zwischen Gesamtrechnungen (für einen abgeschlossenen Zeitraum) und Vorausschätzungen entschließen könnte. Das Statistische Gesetz habe dem Statistischen Bundesamt die Aufgabe übertragen, „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ aufzustellen, nicht aber „Vorausschätzungen“ durchzuführen. Auch der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen hat den Eindruck, daß die ex-post-Darstellung weniger Angriffen als die ex-ante-Darstellung ausgesetzt ist. Es bestehe aber durchaus der Eindruck, daß die Verfasser der Denkschrift gegen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen überhaupt eingestellt seien. Bei aller Zurückhaltung und gewissen Hemmungen, insbesondere gegenüber der ex-ante-Darstellung, sollte man sich jedoch nicht die Möglichkeit versagen, sich dieses Mittels der wirtschaftlichen Gesamtschau zu bedienen. Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften bittet abschließend hierzu das Statistische Bundesamt, in der bisherigen Arbeit an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fortzufahren.

4. Fragen der statistischen Methodik und des Arbeitsprogramms im warenproduzierenden Bereich

Besondere Besprechungsunterlagen:

„Die Abhängigkeit ökonomischer Aussagen auf dem Gebiet der Industriestatistik von den gewählten Darstellungseinheiten“. Ausarbeitung des Statistischen Bundesamtes von Ende Januar 1960.

„Der Stand der Konzentration der Betriebe und Unternehmen“. Auszug aus einem Beitrag von Dr. Gerhard Fürst zu einer Veröffentlichung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) über die Konzentration.

Bericht über eine Tagung der Arbeitsgruppe „Industriestatistiken“ der Konferenz Europäischer Statistiker im Januar 1960 in Genf.

Vom Statistischen Bundesamt wird einleitend eine Zusammenfassung über die Darlegungen in diesem Abschnitt des Amts-

berichtetes gegeben. Die Diskussion der darin aufgezeigten Probleme soll zur Klärung der Frage beitragen, ob das Statistische Bundesamt weiterhin grundsätzlich an der örtlichen Einheit und dem Unternehmen festhalten oder die dem Establishment-Begriff etwa entsprechenden fachlichen Unternehmensteile als weitere Darstellungseinheit in der Bundesstatistik verwenden soll. Der Begriff des „Establishment“ ist in der internationalen Diskussion vor allem unter angelsächsischem Einfluß empfohlen worden, wobei jedoch eine klare Begriffsbestimmung, die für eindeutige Zuordnungen und Abgrenzungen erforderlich wäre, bisher nicht gegeben werden konnte.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft erklärt, daß das Ministerium bei seinen Anforderungen an das statistische Instrumentarium vor allem von mikroökonomischen Überlegungen und nur in begrenztem Umfang von der Darstellung makroökonomischer Zusammenhänge ausgehe. In erster Linie komme es ihm daher auf Statistiken mit möglichst tiefer fachlicher Gliederung an. Seinen zumeist fachlich und regional orientierten Aufgabenstellungen entspreche der gegenwärtige Stand der statistischen Nachweisungen im warenproduzierenden Bereich sehr weitgehend. Als Ergänzung wäre etwa im Zusammenhang mit Konzentrationsproblemen die eventuelle Einführung einer Konzernstatistik erwünscht, wie sie schon vom Statistischen Reichsamt geführt worden sei, da hier der Unternehmensbegriff - im Sinne der kleinsten bilanzierenden Einheit - nicht ausreiche. Falls sich im Verlauf der internationalen Diskussion die zusätzliche Verwendung des „Establishment“-Begriffs nicht vermeiden ließe, müßte eventuell durch einen Arbeitskreis beim Bundesamt geprüft werden, ob und wie die hiermit verbundenen methodischen Probleme zu lösen wären.

Präsident Dr. Fürst hebt hervor, daß an eine Aufgabe unseres bisherigen Systems, das den Establishment-Begriff nicht kenne, auch vom Bundesamt keineswegs gedacht sei. Er weist auf die erhebliche Mehrbelastung der Betriebe hin, da bei zusätzlicher Einführung des Establishment-Begriffs neue Daten erfaßt werden müssen. Das würde bedeuten, daß

alle bisherigen Angaben auf die dem Establishment-Begriff etwa entsprechenden fachlichen Unternehmensteile aufgegliedert, die innerbetrieblichen Lieferungen von Establishment zu Establishment nachgewiesen und nicht nur Arbeitskräfte, Löhne und Gehälter, sondern auch die zusätzlichen Funktionen jedes Industrieunternehmens, wie Einkauf und Verkauf, Fuhrpark, Lohnbüro, Kraftwerk usw., auf die fachlichen Unternehmensteile aufgeteilt oder eventuell als solche betrachtet werden müssen. Da der Produktionsbegriff - abgesehen von der Gesamtproduktion der einzelnen Waren - nicht von der Darstellungseinheit zu lösen sei, müßte vorerst einmal geklärt werden, wo der Betrieb den Schnitt in der Produktion zu machen habe. Für die - vom Statistiker künstlich vorzunehmende - Aufspaltung der Unternehmen in einzelne fachliche Unternehmensteile müßten einheitliche Grundsätze geschaffen werden, was wiederum zunächst die Lösung schwieriger systematischer Fragen erfordere.

Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften äußert Bedenken, ob die Abgrenzungen immer richtig eingehalten würden, glaubt aber, daß trotz einer gewissen methodischen Unsauberkeit bei solchen Aufteilungen, wie z.B. bei den „beteiligten Industriezweigen“ des Industrieberichts, mit brauchbaren Ergebnissen für die Praxis gerechnet werden könne. Eine Verfeinerung der Darstellung, die auch die Ströme in der Unternehmenseinheit ausweise, sei daher durchaus zu begrüßen. Die Weiterentwicklung der Unternehmen führe immer mehr zu ökonomischen Umgestaltungsprozessen und zu Neugruppierungen, die von der Statistik laufend untersucht werden müßten. Für eine Beobachtung dieser Vorgänge sei es daher durchaus angebracht, in der Statistik nicht allein von der unternehmerischen Einheit auszugehen, sondern auch den Aufbau des Unternehmens aus verschiedenartigen Unternehmensteilen zu beobachten. Die zusätzliche Einführung des Establishment-Konzepts sei deshalb angesichts des immer stärkeren Übergangs zur sogenannten gemischten Produktion durchaus zu erwägen.

Präsident Dr. Fürst weist darauf hin, daß das Statistische Bundesamt versuchen müsse, die zusätzlichen Anforderungen mit möglichst geringem Aufwand zu erfüllen. Es müsse daher sorgfältig überlegt werden, ob die notwendigen Erkenntnisse nicht auch durch geringfügige Erweiterungen des bestehenden Systems gewonnen werden könnten. Zweifellos würden bei der Darstellung nach Unternehmen, die für Untersuchungen über die Unternehmenskonzentration unabweislich ist, gewisse Produktionsvorgänge statistisch nicht ohne weiteres sichtbar. Der Nachweis der Produktion eines Unternehmens nach Waren oder Warengruppen könne jedoch die Struktur des Unternehmens ausreichend zeigen, ohne daß eine Aufteilung der Gesamtleistungen auf die einzelnen fachlichen Teile des Unternehmens vorgenommen werden muß.

Der Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Institute bittet, wegen des Bedarfs an Vergleichszahlen mit früheren Jahren möglichst wenig an dem augenblicklichen Stand der Industriestatistik zu ändern und dafür etwa alle 5 Jahre eine Unternehmensstatistik durchzuführen, die eventuell durch eine Konzern-Statistik zu ergänzen wäre. Die Einführung des Establishment-Begriffs müsse wegen der hierfür erforderlichen künstlichen Konstruktion von Einheiten abgelehnt werden. Demgegenüber weist der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft auf die Notwendigkeit hin, in der europäischen Statistik zu einer Vergleichbarkeit zu kommen. Auch er würde es begrüßen, wenn das bisherige deutsche System, das er für sehr nützlich halte, von der EWG übernommen würde. Andernfalls müßten wir jedoch bereit sein, gewisse Zugeständnisse zu machen.

Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie befürchtet, daß eine Umstellung der Betriebe und Unternehmen auf das Establishment-Konzept Friktionen und somit auf lange Sicht unbrauchbare Ergebnisse zur Folge haben würde. Dies wäre um so bedauerlicher, als unsere Statistiken teilweise bereits recht brauchbare Ergebnisse auch für die internationale Diskussion liefern. Insbesondere für die Endprodukte liegen recht zufriedenstellende Nachweisungen vor. Hinsichtlich der Vorprodukte wären von Fall

zu Fall gewisse Konventionen notwendig, wobei jedoch fraglich sei, ob ein international einheitliches Vorgehen möglich ist.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr weist auf die Notwendigkeit hin, beim Establishment-Begriff zwischen der Erhebungseinheit und dem Erhebungsmerkmal zu unterscheiden. Als Erhebungs- bzw. Auskunftseinheit sei das Establishment abzulehnen, da in der deutschen Wirtschaft die notwendigen getrennten Aufzeichnungen für die wichtigsten Positionen überwiegend nicht vorgenommen würden. Man sollte deshalb die größeren Einheiten befragen und die gewünschten Teile hieraus isolieren.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg gibt zu bedenken, daß der fachliche Unternehmensteil bei uns auch wegen der besseren Vergleichbarkeit mit den sehr stark hierauf abgestellten östlichen Wirtschaftssystemen eine gewisse Rolle spielen könnte. Hierzu wird vom Statistischen Bundesamt bemerkt, daß zunächst einmal eine Vergleichbarkeit innerhalb der EWG gefunden werden muß.

Als Ergebnis der Diskussion wird festgehalten, daß der gegenwärtige Stand des statistischen Nachweises im warenproduzierenden Bereich, der auf der Verwendung der örtlichen Einheit und des Unternehmens beruht, erhalten bleiben soll. Wenn das internationale Programm von unserem deutschen Konzept abweichen sollte, müßte geprüft werden, ob und in welcher Form zusätzliche Nachweise nach dem Begriff des Establishment gegeben werden könnten.

5. Zur Problematik der Indexberechnungen, insbesondere Wahl eines Basisjahres

Besondere Besprechungsunterlage:

„Zur Aussagekraft von Preisindexziffern der Lebenshaltung“ von Dr. Gerhard Fürst. Sonderdruck aus „Wirtschaft und Statistik“, 1960, Heft 1.

Präsident Dr. Fürst weist einleitend darauf hin, daß alle Untersuchungen des vorhandenen Materials ergeben haben, daß zur Zeit ein ökonomisch besonders augenfälliges und deshalb zweckmäßiges Basisjahr nicht vorhanden ist. Bei

den Überlegungen zur Wahl des Basisjahres sollte von den Wertindizes, und zwar in erster Linie von den Preisindizes, ausgegangen und dann überlegt werden, ob das Ergebnis auch für die Lohn- und Mengenindizes brauchbar sei. Als erste Voraussetzungen für ein günstiges Basisjahr seien das Vorliegen eines modernen Warenkorbs und eine relativ große Ruhe in der Gesamtbewegung der Preise erforderlich. An Hand graphischer Darstellungen, die die Bewegungen bei verschiedenen Preisindizes für die letzten drei Jahre in logarithmischem Maßstab festhalten, wird gezeigt, daß das Jahr 1958 das am wenigsten ungeeignete Jahr für eine neue Basis wäre. Es würde überdies auch für die Lohnindizes nicht ungünstig liegen. Für den Produktionsindex, der leider aus arbeitstechnischen Gründen und wegen methodischer Schwierigkeiten bei der Verwendung der Ergebnisse der Nettoleistungserhebung 1954 noch nicht auf 1954 umgestellt werden konnte, sollten dagegen erst die Ergebnisse der nächsten Nettoleistungserhebung abgewartet werden. Da sie aber erst im Laufe des Jahres 1963 vorliegen würden, wäre zu überlegen, ob der Index zunächst original auf 1954 basiert und behelfsmäßig auf 1958 umbasiert werden sollte, bis er später dann auf 1960 umgestellt werden kann. Ganz allgemein sollte man in Zukunft nicht mehr zu lange Zeit beim gleichen Basisjahr bleiben, da die Konsumenten stärker an der Preisbewegung bei einem modernen Warenkorb interessiert sind und sich Umstellungen in kürzeren Zeitabständen viel weniger stark bemerkbar machen, als dies z.B. nunmehr der Fall sein dürfte.

Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie äußert gegenüber dem vorgeschlagenen Jahr 1958 insofern Bedenken, als ein für die gesamte Volkswirtschaft vielleicht günstiges Jahr für bestimmte große Industriezweige zu Verzerrungen führen dürfte, da hier gerade in diesem Jahr z.B. ein niedriges Preisniveau zu verzeichnen war.

Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften schlägt vor, eventuell auf einen 2- oder 3jährigen Basiszeitraum überzugehen, da sich bei einer

solchen Zeitspanne Zufälligkeiten auf einem partiellen Gebiet besser ausgleichen würden. Gewisse Nachteile, die sich für die Beobachtung der Grundbewegung durch die künstlich geschaffenen Raffungen ergäben, müßten dann in Kauf genommen werden.

Demgegenüber hält das Statistische Bundesamt den 3jährigen Basiszeitraum für nicht sehr günstig, da dann die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Wägungsunterlagen entsprechend vervielfacht würden, ohne daß andererseits geklärt sei, ob bei dieser Spanne die genannten Zufälligkeiten für alle Bereiche tatsächlich ausgeglichen werden können. Auch sei bei einem Durchschnitt aus mehreren Jahren die ökonomische Aussage der Durchschnittswerte schwerer verständlich, als wenn man sich den Preisstand eines Jahres zu vergegenwärtigen hat. Zu überlegen sei der Vorschlag jedoch für den Bereich der Landwirtschaft, da hier die vor allem witterungsbedingten beträchtlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren ausgeglichen werden sollten und solche mehrjährigen Durchschnitte bereits früher gewählt worden sind.

Der Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Institute schlägt vor, den Produktionsindex für die nächsten Jahre bis zur endgültigen Wahl eines neuen Basisjahres auf der Basis 1950 weiterzuführen. Die Institute seien an den geringfügigen Verbesserungen, die durch einen Übergang von 1950 auf 1954 erzielt werden könnten, weniger interessiert als an dem möglichst langen Beibehalten eines einmal gewählten Basisjahres. Vom Statistischen Bundesamt wird hierzu festgestellt, daß bei der Umstellung der Wägung die Aufnahme neuer Waren das Hauptthema darstellt. Beim Produktionsindex würden aber ab 1954 eine Reihe neuer Waren auftreten, die 1950 noch nicht vorhanden waren. Berechnungen nach Paasche und Laspeyres hätten z.B. beim Preisindex für industrielle Erzeugnisse für die Jahre 1950 bis 1956 immerhin nennenswerte Differenzen ergeben. Auch werden die zwischen dem Produktionsindex und der Wertfortschreibung zu konstanten Preisen bestehenden Abweichungen immer

größer. Eine Neubasierung auf 1954 sei aus diesen Gründen notwendig. Diese Auffassung wird mit Nachdruck auch vom Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr unterstützt.

Bei der Neuberechnung des Produktionsindex bittet der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft, auch Vergleiche mit den zurückliegenden Jahren zu ermöglichen und außerdem auch dafür einzutreten, daß die Voraussetzungen für eine Vergleichbarkeit mit Länderindizes geschaffen werden. Er erklärt in diesem Zusammenhang, daß das Ministerium zu Beginn der neuen Legislaturperiode den Gesetzentwurf für eine neue Nettoleistungserhebung vorlegen werde. Für die Vorbereitung des Entwurfs stehe also noch etwa ein Jahr zur Verfügung. Spätestens im Herbst sollte mit den Gesprächen hierüber begonnen werden. Das Statistische Bundesamt wird dafür Sorge tragen, daß sich der Fachausschuß mit dem Plan der neuen Nettoleistungserhebung befaßt, und zwar sowohl in Richtung der laufenden Industriestatistik für örtliche Einheiten als auch in Richtung einer Unternehmensstatistik.

Zur Neubasierung des Lebenshaltungsindex auf 1958 fragt der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit an, welches Verbrauchsschema zugrunde gelegt wird. Das Statistische Bundesamt wird den Warenkorb zunächst aus den laufenden Wirtschaftsrechnungen der Haushalte einer mittleren Verbrauchergruppe im Jahre 1958 - also modernisiert nach den Verhältnissen dieses Jahres - nehmen müssen. Sofort nach Vorliegen der erst später kommenden Verbrauchs- und Einkommensstichprobe sollen auch andere Haushaltstypen zugrunde gelegt werden. Auf alle Fälle soll nicht von einem „erfundenen“ Warenkorb und einer „konstruierten“ Lebenshaltung, sondern von erhobenen Daten ausgegangen werden. Entsprechend dem Wunsch des Vertreters des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, wird das Statistische Bundesamt die Zahl der im Warenkorb des Indexschemas berücksichtigten Waren vergrößern und späterhin, sobald die Ergebnisse der Verbrauchs- und Einkommensstichprobe dies ermöglichen, Warenkörbe auf breiterer Grundlage verwenden.

Abschließend wird festgestellt, daß das Jahr 1958 als das am wenigsten ungeeignete eine gewisse Anerkennung als neues Basisjahr gefunden hat. Mit der Umstellung bei den Preisindizes soll sofort begonnen werden. Für die Landwirtschaft werden zunächst noch für mehrere Basisjahre Untersuchungen angestellt, die den unterschiedlichen Erntemengen und Preisbewegungen Rechnung tragen sollen mit dem Ziel, möglichst die Wirtschaftsjahre 1957/58 und 1958/59 einzubeziehen.

Hinsichtlich des Produktionsindex wird noch im Statistischen Bundesamt geprüft werden, ob neben der Neubasierung auf 1954 ein „Vortasten“ auf 1958 vertretbar erscheint. Die Frage des Basisjahres soll außerdem auch mit den Instituten noch einmal im Arbeitskreis „Erörterung des statistischen Instrumentariums für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung“ besprochen werden.

Eine zusätzliche Weiterführung der alten neben den neuen Indizes, wie sie vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft noch für ein Jahr nach der Umstellung gewünscht wird, ist dem Statistischen Bundesamt mit dem gleichen Personal nicht möglich, doch ist vorgesehen, die Indizes zu einem gewissen Umfang zurückzurechnen.

Zu den Punkten

6. Fragen der Prozedur bei der Vorbereitung neuer Statistiken
7. Stand der rechtlichen Fundierung der Bundesstatistik
8. Arbeits- und Zeitpläne 1959 und 1960
9. Rationalisierung der statistischen Arbeit
10. Die Beirats- und Fachausschußarbeit,

die in erster Linie der Information der Beiratsmitglieder dienen sollen, wird vom Statistischen Bundesamt lediglich mitgeteilt, daß nach terminlicher Festlegung des Zählungswerkes nunmehr die Aufstellung eines längerfristigen Zeitplanes beschleunigt in Angriff genommen wird. Er wird einen Überblick über alle größeren Arbeiten in den nächsten Jahren geben und auch bereits die kommende Nettoleistungserhebung berücksichtigen. Mit der Herausgabe des Planes ist in etwa 3 Monaten zu rechnen.

A. II. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen

Zur Information wurde übersandt: „Gemeinsame Interessen der Marktforschung und der amtlichen Statistik“. Beitrag von Dr. Gerhard Fürst für die 32. Session des Internationalen Statistischen Instituts 1960 in Tokio

A. III. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

Besondere Besprechungsunterlage: Bericht über die 7. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker

Zu diesen Informationen für die Beiratsmitglieder zeigt Präsident Dr. Fürst unter Hinweis auf die Übersicht über die internationalen Tagungen (S. 48 des Amtsberichts) nochmals die hierdurch entstandene zusätzliche Belastung der Amtsarbeit und insbesondere der leitenden Kräfte des Amtes auf. Einen immer größeren Raum nimmt dabei die Zusammenarbeit mit den Europäischen Gemeinschaften ein. Sie ist auch insofern von herausragender Bedeutung, als die Arbeit dieser supranationalen Behörden auf den zwischen den Mitgliedstaaten abgeschlossenen Verträgen beruht, die mit allen Konsequenzen - nicht zuletzt auch für die Statistik - ausgeführt werden müssen. Ein besonderes Problem bildet für die deutsche Statistik nach wie vor die Frage der Rechtsgrundlagen. Neben einer Lohnkostenerhebung, für die eine Verordnung des Ministerrats in Vorbereitung ist, steht als nächstes Vorhaben eine repräsentative Erwerbstätigkeitsstatistik - etwa entsprechend unserem Mikrozensus - auf dem Programm. Die Arbeiten an den Industriestatistiken werden demnächst von einem Ausschuss aufgenommen werden. Es ist vorgesehen, weitere Ausschüsse für die Landwirtschaftsstatistik, für die Außenhandelsstatistik, die Verkehrsstatistik sowie für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen zu bilden.

Zur Aufnahme einer Atomstatistik sind gelegentlich der letzten Amtsleiterkonferenz der EWG die ersten Gespräche geführt worden. Zunächst soll eine Warenliste der für die statistische Beobachtung relevanten Erzeugnisse (einschl. Investi-

tionsgüter) aufgestellt werden. Während die Produzenten von Kernenergie relativ leicht zu erfassen sein dürften, wird an die Verbraucher der entsprechenden Erzeugnisse schwerer heranzukommen sein. Auf dem Gebiet des Strahlenschutzes bestehen zur Zeit noch keine Vorstellungen über die Anforderungen an die Statistik. Auch die mit der Atomstatistik zusammenhängenden Fragen werden zunächst in einem Ausschuß beraten werden.

B. Bericht über die Vorarbeiten zum Zählungswerk 1960/62

- I. Vorbemerkungen
- II. Landwirtschaftszählung
- III. Handels- und Gaststättenzählung
- IV. Volks- und Berufszählung
- V. Arbeitsstättenzählung

In Ergänzung zu den Ausführungen im Amtsbericht werden vom Statistischen Bundesamt für einzelne Zählungsteile folgende Termine mitgeteilt:

Landwirtschaftszählung

Haupterhebung im Mai/Juni 1960

Arbeitskräfteerhebung vom November 1960 bis Oktober 1961

Gartenbauerhebung im Juli 1961

Forsterhebung im Zeitraum vom 1. April 1961 bis 31. März 1962

Binnenfischereierhebung im Juni 1962

Handels- und Gaststättenzählung

Hauptzählung im August/September 1960

Ergänzungserhebung im Frühjahr 1961

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung im Mai 1961

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft berichtet, daß der Gesetzentwurf über die Handels- und Gaststättenzählung am 6. Mai zur Behandlung im Bundesrat heransteht und daß mit seiner Verkündung noch im Mai 1960 gerechnet werden kann. Somit werden die Statistischen Landesämter die Möglichkeit haben, die Finanzämter noch vor den Sommerferien um Lieferung des Ansriftenmaterials zu bitten.

Die von der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute angemeldeten Diskussionspunkte zur Volks- und Berufszählung (Auswirkungen eines erweiterten Erwerbstätigkeitskonzepts; Fragen zur sozioprofessionellen Gliederung; Probleme der Haushaltsstatistik) sollen im Fachausschuß behandelt werden.

VI. Wohnungsstatistische Feststellungen

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes fragt an, wie weit die im Fachausschuß gegebene Anregung zur Bildung von Zählbezirksarten vom Statistischen Bundesamt inzwischen geprüft worden ist. Vom Statistischen Bundesamt wird berichtet, daß die Vorbereitungen hierzu sehr langwierig waren, aber im Gange sind. Auf Grund der Einordnung der Gebäude in etwa 3 bis 5 Kategorien (z.B. nach Wohngegenden, Maß der Bebauung usw.) werde es gelingen, die Zählbezirke besonders zu charakterisieren. Eine neue Zählbezirkseinteilung sei nicht vorgesehen, in einigen Fällen wird aber eventuell eine Überprüfung der bestehenden Einteilung zweckmäßig sein. Das Amt beabsichtigt, sich etwa im Juli zu dieser Frage schriftlich zu äußern.

VII. Verkehrszensus

Zum Verkehrszensus wird vom Statistischen Bundesamt auf die Darstellung der Grundkonzeption im Amtsbericht hingewiesen und ergänzend über den derzeitigen Stand der Überlegungen berichtet. Die Erfassung des Werkverkehrs, also der Verkehrstätigkeit der Unternehmen anderer Bereiche, sei wegen der in diesem Zusammenhang auftretenden Frage der Herauslösung eines fachlichen Unternehmensteils aus anderen - und dabei insbesondere aus kleineren - Unternehmen besonders problematisch.

Hinsichtlich des Werkverkehrs sei man inzwischen übereingekommen, auf die Erfassung des Personenverkehrs zu verzichten, da hier der Schwerpunkt auf dem Güterverkehr liegt. Außerdem sollen nur die Fahrzeuge, aber nicht die Verkehrsleistungen erfaßt werden, da dies umständliche Anschreibungen für die einzelnen Fahrten voraussetzen würde, die bereits für die Kosten- und Leistungserhebung vorzunehmen waren. Nach dem derzeitigen Stand umfaßt das Frageprogramm bei den Unternehmen der Verkehrswirt-

schaft unter anderem die Art des Verkehrs und des betriebenen Gewerbes, Personal, Arbeitsstunden, Transportmittel und deren Kapazität, Aufwendungen für Löhne und Gehälter, Umsatz und Erlös aus Beförderungsleistungen sowie Investitionen. Die Werkverkehrsbetriebe sollen dagegen nur nach einigen Tatbeständen, wie Arbeitsstunden, Transportmitteln und Investitionen bei Transportmitteln, gefragt werden. Für diesen Bereich seien auch - im Gegensatz zu der totalen Erfassung der Unternehmen der Verkehrswirtschaft - lediglich Stichprobenerhebungen mit einem Auswahl-satz von 15 vH vorgesehen.

Auf die Frage des Leiters des Hessischen Statistischen Landesamtes, welches Gesamtkonzept hinter dem Zensus stehe, erklärt der Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr, daß die Zählung eine Brücke von den zahlreichen vorhandenen, aber meist auf technische Daten ausgerichteten Verkehrsstatistiken zur Unternehmenswirtschaft schlagen solle. Neben der Ermittlung der Struktur und der wirtschaftlichen Leistungen der Verkehrswirtschaft sei es notwendig zu erfahren, was sich in den übrigen Wirtschaftsbereichen auf dem Gebiet des Verkehrs abspiele, d.h., welchen Anteil am Verkehr die Betriebe haben, deren Schwerpunkt bei anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten liegt.

Der Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels weist auf die Schwierigkeiten hin, die die Herauslösung des „Verkehrs“ bei vielen Einzelhandelsunternehmen verursachen würde. Die in diesem Zusammenhang gestellte Frage, ob der Werknahmeverkehr mit erfaßt werden soll, wird grundsätzlich bejaht. Im einzelnen soll hierüber noch im Fachausschuß beraten werden. Eventuell wird in diesem Fall eine Anschlußfrage im Arbeitsstättenbogen genügen.

Vom Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg wird noch einmal die Frage aufgeworfen, inwieweit auch Einzelfunktionen des Verkehrs, wie die Verladung und das Halten von Vorrichtungen (z.B. von Kränen und Gleisanlagen in Häfen), zum „Verkehr“ im Sinne des Zensus gehören. Auch wäre es wichtig, die Güterbewegung in den Häfen einmal getrennt für öffentliche und andere Häfen zu ermitteln, wie überhaupt das Problem der Konkurrenz zwischen privaten und öffentlichen Einrichtungen beim Verkehr eine gewisse Rolle spiele.

Vom Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr und vom Statistischen Bundesamt wird hierzu erklärt, daß grundsätzlich alle Verkehrseinrichtungen einschließlich der Zusatzeinrichtungen erfaßt werden sollten. Die außerhalb der Konkurrenz stehenden Einrichtungen der Bundeswehr, Feuerwehr usw. werden jedoch nicht in den Zensus einbezogen.

Im Hinblick auf die ebenfalls im Jahre 1962 stattfindende Kostenstrukturerhebung im Einzelhandel bittet der Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, dafür zu sorgen, daß bei dieser Erhebung und beim Verkehrszensus nicht die gleichen Betriebe befragt werden.

Vom Statistischen Bundesamt wird abschließend auf die am 18./19. Mai stattfindende Sitzung des Fachausschusses „Handels- und Verkehrsstatistik“ hingewiesen, die der weiteren Klärung der mit dem Zensus zusammenhängenden Fragen dienen soll.

2. Sitzungstag (4. Mai 1960)

C. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik

Die Ausbildung der Programmierer und die Probearbeiten auf Großrechenanlagen sind im vergangenen Jahr verstärkt fortgeführt worden. Der Besuch in den USA hat die Zweckmäßigkeit des Einsatzes einer Anlage bestätigt. Die bis zur Lieferung der Anlage im Dezember 1961 zur Verfügung stehende Zeit wird vollauf für die Ausarbeitung der Maschinenprogramme benötigt. Außerdem sollen die notwendigen Vorbereitungen für die Ausnutzung der zusätzlichen Kapazität in einer zweiten Schicht getroffen werden. Die Frage, ob es zweckmäßig sei, die - unter anderem auch bei den Statistischen Landesämtern vorgesehenen - elektronischen Kleinanlagen zu kaufen oder zu mieten, wird noch im Ausschuß für maschinelle Aufbereitung überlegt werden müssen. Die in

Aussicht genommene besondere Besprechung mit den Beiratsmitgliedern über die Arbeitsweise der Elektronenanlagen soll eventuell im Laufe des Jahres 1961 stattfinden, damit gleichzeitig Gelegenheit zur Besichtigung der dann gelieferten Kleinanlage besteht.

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes schlägt vor, bei Repräsentativerhebungen von Zeit zu Zeit den Kreis der Berichtspflichtigen zu wechseln. Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß sich bei einem solchen Tausch innerhalb einer Stichprobenerhebung ein gewisser Gegensatz zwischen methodischen und erhebungstechnischen Gesichtspunkten ergebe und daß man mit dem schrittweisen Auswechseln der Berichtspflichtigen versuchen müsse, einen Mittelweg zu finden. Die Grundsätze für den Tausch innerhalb des Berichtskreises und seiner Abgrenzung gegenüber den Berichtskreisen anderer Statistiken sollen im Arbeitskreis für Fragen der mathematischen Methodik entwickelt und die einzelnen Anwendungsfälle in den zuständigen Ausschüssen besprochen werden.

II. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, allgemeine fachliche Koordinierung

Die Revision der Sozialproduktzahlen für 1950 bis 1958 konnte inzwischen vollständig abgeschlossen werden. Die Angaben über die Entstehung des Sozialprodukts sind im Märzheft von „Wirtschaft und Statistik“ für 25 Wirtschaftsbereiche (statt - wie bisher - für 10 Bereiche) veröffentlicht worden. Es ist jedoch fraglich, ob die tiefergehende Gliederung für das produzierende und verarbeitende Gewerbe mit dem vorhandenen Material bis zum Vorliegen der Ergebnisse einer neuen Nettoleistungserhebung beibehalten werden kann. Über die Gliederung der Einkommen nach Beziehergruppen und verschiedenen Quellen wird Anfang Juni 1960 in „Wirtschaft und Statistik“ berichtet werden. In dieser Zeitschrift wird ferner im Juli 1960 ein Aufsatz über den Aufbau des Kontensystems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, und zwar über das auf längere Sicht angestrebte System, veröffentlicht werden. Einige Monate darauf wird

ein Aufsatz über das mit den jetzigen statistischen Unterlagen zu verwirklichende Kontensystem folgen. Im Fachauschuß „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ sollen im Laufe des Jahres die Pläne für die weiteren Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen besprochen werden.

Erste Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung in der Industrie können eventuell im Juli/August veröffentlicht werden. Beim Handwerk ist die Prüfung im Gange; von 2 Ländern sind jedoch noch nicht alle Fragebogen eingegangen. Mit den Arbeiten an der (erweiterten) Kostenstrukturerhebung für den gewerblichen Güterverkehr für das Jahr 1959 ist begonnen worden. Im Jahre 1960 sollen noch Erhebungen (für 1959) in weiteren Bereichen folgen, und zwar bei den Ärzten, Zahnärzten und Rechtsanwälten, im Personenverkehr und in der Seeschifffahrt sowie eventuell bei den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern. Den Beiratsmitgliedern wird an Hand eines noch zu versendenden Gesamtplanes Gelegenheit gegeben werden, ihr Interesse an der Besprechung der einzelnen Erhebungen anzumelden. Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bekundet das zusätzliche Interesse seines Ministeriums an Erhebungen bei den Ingenieuren und Architekten. Das Statistische Bundesamt weist in diesem Zusammenhang auf die Schwierigkeiten hin, die dadurch entstanden sind, daß auf Grund des verzögerten Inkrafttretens des Gesetzes erst relativ spät mit den vorjährigen Erhebungen begonnen werden konnte und daß die sehr umfangreiche und schwierige Kostenstrukturerhebung im Güterverkehr (im Rahmen der einmaligen Kosten- und Leistungserhebung) mit dem vorhandenen Personal durchgeführt werden muß.

Der Vertreter der Deutschen Bundesbank begrüßt die Herausgabe der Veröffentlichung über „Die statistische Erfassung der Produktionsgrundlagen, -vorgänge und -ergebnisse in den Bereichen der Wirtschaft“. Er schlägt vor, bei künftigen Veröffentlichungen dieser Art noch mehr Definitionen von Erhebungsmerkmalen sowie die Gewichtungsschemata der

Indizes anzugeben und ein Schlagwortverzeichnis aufzustellen. Die gewünschte Darstellung für weitere Sektoren hat das Statistische Bundesamt bereits in Erwägung gezogen, wobei an eine Übersicht über die Einkommen oder die Kreditverflechtungen gedacht ist. Die ebenfalls vorgeschlagene Loseblattform wird nicht für zweckmäßig gehalten.

Dem Wunsch des Vertreters des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, die im Statistischen Jahrbuch enthaltenen Zahlen über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Auslandes über die Kaufkraft auf eine einheitliche (eventuell \$-) Währung umzurechnen, kann das Statistische Bundesamt nicht entsprechen, da die zur Verfügung stehenden Unterlagen für eine derart schwierige und problematische Berechnung völlig unzureichend sind. Diese Arbeit sollte besser den internationalen Organisationen überlassen werden.

Von der neuen Systematik der Wirtschaftszweige wird demnächst die Abteilung 4 (Handel) vervielfältigt werden. Für die Abteilungen 0 bis 3 (Landwirtschaft, Bergbau und Energie, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe) wird in den nächsten Wochen ein Vorschlag versandt werden, der voraussichtlich im Juli vom Fachausschuß diskutiert werden soll. Zur Diskussion der übrigen Abteilungen soll der Fachausschuß im Herbst nochmals einberufen werden.

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes bittet, die neue Ausgabe der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes über die Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer auch den Beiratsmitgliedern zu übersenden.

Vom Vertreter des Auswärtigen Amtes wird auf gewisse Schwierigkeiten hingewiesen, die sich vor allem für die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik dadurch ergeben, daß von der Regierung der sowjetischen Besatzungszone immer mehr statistisches Material verbreitet wird, das häufig nach rein politischen Gesichtspunkten ausgewählt und zusammengestellt worden ist. Das Auswärtige Amt halte es für notwendig, daß eine Stelle dieses Material laufend er-

fasse, auswerte und hierzu fachliche Stellungnahmen abgebe, um eine fundierte Grundlage für politische Auseinandersetzungen zu schaffen. Hierfür käme wohl in erster Linie das Statistische Bundesamt in Frage.

Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften bedauert das Fehlen einer gesamtdeutschen Statistik, die allerdings eine sorgfältige Analyse und Diagnose der ganzen Systemzusammenhänge voraussetzen würde. Hierfür sei eine umfangreiche und langjährige Expertenarbeit notwendig, wie sie in größerem Stil vom Statistischen Bundesamt bei seinem derzeitigen Aufgabengebiet und seiner personellen Besetzung gar nicht geleistet werden könne. In diesem Zusammenhang könne aber auf Arbeiten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und auf die grundlegende Tätigkeit des Forschungsbeirats beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hingewiesen werden. Er schlug vor, das Auswärtige Amt sollte sich zunächst einmal grundsätzlich mit diesem Ministerium abstimmen. Die Vertreterin des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen verweist auf die im Archiv des Ministeriums vorhandenen Unterlagen. Ihrer Auffassung nach sei das Ministerium für die Abgabe der Stellungnahmen als Ganzes zuständig. Es sei jedoch erwünscht, daß die methodischen Fragen vom Statistischen Bundesamt geprüft würden.

Vom Statistischen Bundesamt wird kurz das Hauptproblem der methodischen Abweichungen der Zonenstatistik von der Bundesstatistik dargestellt. Das Amt ist bei entsprechenden Untersuchungen über die Zonenstatistik grundsätzlich auf Veröffentlichungen der Zone angewiesen. Da diese fast durchweg keine ausreichenden methodischen Erläuterungen enthalten, seien das notwendige tiefe Eindringen in das Material und somit wissenschaftlich einwandfreie Untersuchungen nur sehr schwer möglich. Brauchbare, d.h. wissenschaftlich fundierte Ergebnisse seien unter den vorliegenden Verhältnissen nur dann zu erzielen, wenn die Arbeiten in größerem Rahmen durchgeführt werden könnten. Hierzu müßte aber erst einmal der Anstoß durch eine übergeordnete Stelle gegeben werden.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Wie für das Jahr der Landwirtschaftszählung vorgesehen, werden die Bodennutzungshaupt- und -nacherhebung 1960 total durchgeführt werden. Außerdem wird wieder eine Nachprüfung der Haupterhebung stattfinden.

Zur Erntestatistik hat der Fachausschuß vor kurzem festgestellt, daß die bisher auf einigen Gebieten durchgeführten objektiven Erntemessungen ergeben haben, daß die Schätzungen teilweise recht erheblich von den tatsächlichen Erträgen abweichen. Eine Verbesserung der Erntestatistik sei daher bei verschiedenen weiteren Feldfrüchten auf dem Grünland sowie bei Gemüse und Obst dringend notwendig. Da eine Erweiterung der „Besonderen Ernteermittlungen“ schon im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten nicht in Frage komme, sollen die Ernteberichterstatter für eine Mitwirkung bei den Gewichtsermittlungen gewonnen werden. Den Berichterstattern solle hierfür - neben einer allgemeinen Aufwandsentschädigung - eine besondere Vergütung gewährt werden. Auf Grund von Probeermittlungen in den nächsten zwei bis drei Jahren soll das notwendige Material beschafft werden, mit dem dann eine regelmäßige Ergänzung der Schätzungen durch objektive Erntemessungen vorbereitet werden kann.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz berichtet auch über Fehlschätzungen bei der Weinmosternte. Hiernach stimmte der Beirat der Auffassung, daß die Erntestatistik revisionsbedürftig sei und über entsprechende Grundlagen im Fachausschuß beraten werden müßte, grundsätzlich zu. Vom Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß neben der noch notwendigen Klärung der methodischen Fragen erst einmal die Länder ihre ablehnende Haltung im Bundesrat - wie sie sich bei beabsichtigten methodischen Verbesserungen der Erntestatistik gezeigt hat - aufgeben müßten.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Land-

wirtschaft und Forsten dankt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern dafür, daß sie mit allen Schwierigkeiten, die sich durch die Verzögerungen der Landwirtschaftszählung ergeben haben, fertig geworden sind und dabei das laufende Arbeitsprogramm ohne Unterbrechung weitergeführt haben. Er bittet die Leiter der Statistischen Landesämter, sich dafür einzusetzen, daß die Vertreter der Länder im Bundesrat künftig mehr als bisher bei der Beratung agrarstatistischer Rechtsgrundlagen den methodischen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird kurz über die im Fachausschuß und einer besonderen Arbeitsgruppe behandelten Einschränkungsmöglichkeiten in der Industriestatistik berichtet. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft weist darauf hin, daß bei der großen Bedeutung der Energiestatistik und auf Grund des Bedarfs regionaler Stellen, insbesondere der Landeswirtschaftsministerien, an regionalen Daten weitere Einschränkungen hinsichtlich der zu liefernden Ergebnisse zur Zeit nicht möglich sind. Weitere Anwendungsmöglichkeiten des Stichprobenverfahrens auf dem Gebiet der Energieversorgung werden noch untersucht.

Im Verlauf der parlamentarischen Behandlung der Rechtsgrundlage für die laufende Handwerksberichterstattung ist praktisch die Entscheidung für eine vierteljährliche Periodizität gefallen. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist wahrscheinlich noch vor der Sommerpause zu rechnen.

Auf Grund des am ersten Sitzungstag kurz erörterten Problems bei der Aufstellung von Produktionsindizes für Länder wird vom Statistischen Bundesamt als behelfsmäßiger Ausweg versucht werden, den Nettoproduktionswert je Beschäftigten zu errechnen und diesen auf die Ergebnisse für Betriebe aus der laufenden Industriestatistik anzuwenden. Vom Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes wird um eine enge Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit den Statistischen Landesämtern bei der Neuberechnung

des Produktionsindex gebeten. Die Frage der Neuberechnung des Produktionsindex und der Ergänzung des Bundesindex durch Länderindizes soll demnächst gemeinsam mit den statistischen Landesämtern behandelt werden.

Zu der von einem wirtschaftswissenschaftlichen Institut gewünschten Erfassung der Auftragsbestände erklärt das Statistische Bundesamt, daß diese Frage bereits bei der Beratung des letzten Verordnungsentwurfs erörtert worden und danach wegen früherer schlechter Erfahrungen bei der Erfassung der Auftragsbestände stattdessen die Ermittlung der Annullierungen aufgenommen worden sei. Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften bittet, die Annullierungen künftig weiter zu erheben, da sie als „Seismograph“ für die konjunkturpolitische Diagnose sehr wertvoll seien. Das Bundesministerium für Wirtschaft beabsichtigt, den Verbänden und Instituten die Monatsergebnisse der bisherigen Ermittlungen für interne Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Zur Frage der arbeitstäglichen Umrechnung beim Produktionsindex, die ebenfalls von einem Institut zur Diskussion angemeldet war, ist auch nach Auffassung des Statistischen Bundesamtes bisher noch keine Ideallösung gefunden worden. Die entscheidende Frage ist dabei das Problem der Verteilung der Arbeitszeit auf die Wochentage. Zur Vermeidung von Sprüngen soll das bestehende Verfahren im laufenden Index nicht geändert werden. Für die zukünftigen Indexberechnungen ist eine stärkere Berücksichtigung des arbeitsfreien Sonnabends in Aussicht genommen. Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften regt zur Vermeidung von Verzerrungen an, die werktägliche Berechnung beim arbeitstäglichen Index beizubehalten. Vom Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr wird in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der 5-Tage-Betriebswoche für den Verkehr hingewiesen. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau bittet, trotz gewisser Schwierigkeiten auch im Bausektor die arbeitstägliche Umrechnung beizubehalten.

Vom Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Institute wird angeregt, in den amtlichen Veröffentlichungen in größerem Umfange als bisher Verhältniszahlen aufzunehmen. Auch sollten die Berechnungen über die Arbeitsproduktivität durch Berechnungen über das Produktionsergebnis je aufgewendete Energieeinheit ergänzt werden. Der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Energie weist darauf hin, daß hierbei die Bezugsgrößen zum Teil problematisch sind, wie eigene Untersuchungen über den Stromverbrauch des Kohlenbergbaus gezeigt haben.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Der Auskunftsdienst zur Außenhandelsstatistik wird in der letzten Zeit so stark in Anspruch genommen, daß die damit verbundene Mehrarbeit für das Statistische Bundesamt zu einem ernststen Problem geworden ist. Hiermit soll sich unter anderem ein Arbeitskreis „Außenhandelsstatistik“ im Herbst 1960 befassen. Die Frage des Vertreters des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ob es sich bei den Verzögerungen, mit denen die Veröffentlichungen zur Außenhandelsstatistik in den letzten Wochen erschienen sind, nur um einen vorübergehenden Engpaß handelt, kann vom Statistischen Bundesamt deshalb nicht eindeutig beantwortet werden, weil nicht vorauszusehen ist, wie sich der Außenhandel in den nächsten Monaten entwickeln wird. Abgesehen von der ständig steigenden Zahl der Anmeldepapiere, die bei gleichbleibendem Personalstand auf die Dauer nicht mehr zu bewältigen ist, haben die zahlreichen Grippeerkrankungen zu Beginn des Jahres und einige Schwierigkeiten bei der Drucklegung zu den Verzögerungen beigetragen.

Vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft wird mitgeteilt, daß vor der abschließenden Behandlung der laufenden Statistik im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Bundestag von Verbandsseite nochmals auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, die Erhebungen wenigstens im Sommerhalbjahr monatlich durchzuführen.

Die im Zusammenhang mit dem Mikrozensus vorgesehene Zusatzbefragung zur Ergänzung der lückenhaften Fremdenverkehrsstatistik (Urlaubs- und Erholungsreisen, insbesondere in das Ausland) ist von den beteiligten Bundesratsausschüssen abgelehnt worden.

Der Ausbau der Großhandelsstatistik wird bis Ende 1960 abgeschlossen sein, so daß anschließend mit der Indexberechnung begonnen werden kann. Beim Einzelhandel sind bei wichtigen Geschäftszweigen auch Meßziffern für Großbetriebe sowie für Versandhäuser und Warenhäuser vorgesehen. Veröffentlichungen hierüber sind ab Juli 1960 geplant. Näheres soll noch auf der kommenden Fachausschußsitzung besprochen werden. Der Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels begrüßt die Ankündigung des Statistischen Bundesamtes, daß die Rohertragsquoten, die erstmals für 1959 veröffentlicht werden sollen, ausführlich kommentiert werden.

Zur Frage des Vertreters der Deutschen Bundesbank nach einem grundlegenden Aufsatz über die Methoden der Einzelhandelsstatistik wird vom Statistischen Bundesamt auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch das Hinausschieben der Handels- und Gaststättenzählung und das dadurch bedingte weitere Fehlen einer guten Grundlage für den methodisch einwandfreien Aufbau dieser Statistik nach wie vor bestehen.

Die Statistik der Gemeindestraßen wird Ende 1960 - diesmal einschließlich der klassifizierten Straßen - wiederholt werden. Hierüber wird der Fachausschuß noch im Mai beraten.

Die Arbeiten am Internationalen Güterverzeichnis können eventuell Ende 1960 abgeschlossen werden. Ein gutes Beispiel internationaler Zusammenarbeit stellen die Rationalisierungsmaßnahmen dar, die zwischen den Vertretern der Niederlande und der Bundesrepublik bei der Statistik der grenzüberschreitenden Rheinschiffahrt vereinbart worden sind.

VI. Statistik der Preise und Löhne, des Bau- und Wohnungswesens, Sozialstatistik

Die neue Gehalts- und Lohnstrukturerhebung, die zunächst nur für Landwirtschaft, Erwerbsgartenbau und Forstwirtschaft vorgesehen war, muß nun vielleicht auch in den anderen Wirtschaftsbereichen durchgeführt werden. Hierüber und über die Auswirkungen auf das Erhebungsjahr wird das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung noch verhandeln.

Der Plan, neben den laufenden Wirtschaftsrechnungen eine Verbrauchs- und Einkommensstichprobe durchzuführen, ist zunächst vom Bundesrat abgelehnt worden. Demgegenüber hat der Wirtschaftsausschuß des Bundestages die Alternative erwogen, die laufenden Wirtschaftsrechnungen zugunsten einer zunächst einmaligen Stichprobe einzustellen oder die laufenden Erhebungen auf eine etwas breitere Grundlage (etwa 4 000 Haushalte) zu stellen und dafür auf die Stichprobe zu verzichten.

Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß mit der vorgeschlagenen Erweiterung der laufenden Wirtschaftsrechnungen das Ziel der Stichprobe, ausreichend repräsentative Angaben über die absolute Höhe und Zusammensetzung der Einkommen und des Verbrauchs in allen Bevölkerungskreisen zu liefern, nicht erreicht werden könne. Andererseits biete die Stichprobe allein keine Möglichkeit, die laufenden Veränderungen in den Verbrauchsgewohnheiten wenigstens ausgewählter Verbrauchergruppen zu beobachten und z.B. den Warenkorb für den Verbraucherpreisindex zu kontrollieren. Es könne aber im Zuge der weiteren parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfs, wie auch vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft erläutert wurde, durchaus die Situation eintreten, daß die Statistiker sich letzten Endes für eine der beiden Möglichkeiten entscheiden müssen.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg würde in der Aufgabe der laufenden Wirtschaftsrechnungen zugunsten

der einmaligen Stichprobe einen großen Rückschritt sehen. Umgekehrt sei es den Statistischen Landesämtern allein aus arbeitsmäßigen Gründen gar nicht möglich, etwa 4 000 Haushalte laufend zu erfassen und zu bearbeiten. Es sollte daher auf keine der beiden ursprünglich vorgesehenen Erhebungen verzichtet werden.

Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften bittet das Statistische Bundesamt, in seinem Bericht an die Bundesregierung darauf hinzuweisen, daß er im berechtigten Interesse der von ihm vertretenen Konsumenten auf der Weiterführung der laufenden Wirtschaftsrechnungen bestehe. Notfalls werde er mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diese Forderung in der Öffentlichkeit vertreten.

Der Beirat stimmt den zuletzt genannten Auffassungen zu. Er ist der Ansicht, daß sowohl die umfassende Verbrauchs- und Einkommensstichprobe als auch die laufenden Wirtschaftsrechnungen für ausgewählte Haushaltstypen notwendig sind und daß auch bei Durchführung der für die eingehende Durchleuchtung des Verbrauchs unbedingt notwendigen Stichprobe nicht auf die laufenden Wirtschaftsrechnungen verzichtet werden kann.

Der Beirat bittet den Vorsitzenden, dieser Auffassung in seinem Bericht an die Bundesregierung Rechnung zu tragen und ermächtigt ihn außerdem, die Meinung des Beirats auch in einem persönlichen Schreiben an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Bundestages zum Ausdruck zu bringen.

Die Lochkarten der 1-vH-Zusatzerhebung 1957 zur Wohnungsstatistik sind infolge starker Inanspruchnahme für zahllose Sonderaufbereitungen, vor allem im Rahmen der Vorbereitung des Gesetzes zur Überführung der Wohnungszwangswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft, unbrauchbar geworden. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau dankt ganz besonders dafür, daß die Arbeit des Ministeriums an dieser bedeutenden wohnungspolitischen Aufgabe in

so guter Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik durchgeführt werden konnte. Einige der Grundkonzepte des Gesetzes gründen sich auf die Ergebnisse der amtlichen Statistik, insbesondere der Interviewererhebung, ohne die eine Vorbereitung des Gesetzes mit der notwendigen Sorgfalt nicht möglich gewesen wäre.

Die Statistik der Wohnraumvergaben im sozialen Wohnungsbau ist, wie vom Statistischen Bundesamt berichtet wird, während der Beratung des BauStatGes im Ausschuß für Wohnungswesen usw. des Bundestages kritisiert worden. Es soll überlegt werden, wie die Statistik aussagekräftiger gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang soll auch untersucht werden, ob eventuell die gesamten erstmaligen Bezüge neu erstellten Wohnraums untersucht werden können.

Die neue Baupreisstatistik wird vom Vertreter des Bundesministeriums für Wohnungsbau als ein echter Fortschritt bezeichnet. Neben dem Wohnungsbau sollten jedoch möglichst bald auch andere Bauwerksarten in die Erhebungen einbezogen werden. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Freigabe der Baulandpreise werden außerdem Statistiken über die Grundstückspreise, insbesondere die Baulandpreise durchzuführen sein. Dem Vorschlag des Vertreters des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft, das am Vortage festgelegte neue Basisjahr im Interesse der Kontinuität der Zahlenreihen nicht auf den Baupreisindex anzuwenden, kann aus methodischen Gründen nicht entsprochen werden, jedoch wird eine Verkettung des neuen Baupreisindex mit den früheren entsprechenden Reihen in Aussicht gestellt.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einführung der Statistik der Haushaltsansätze stellen sich grundsätzliche Fragen, ob die Jahresrechnungsstatistik in dem bisherigen Umfang weitergeführt werden soll. Es wird zu überlegen sein, ob die Rechnungsstatistik, die ihrer ursprünglichen Aufgabe nach vor allem Unterlagen für eine Neuregelung des Finanzausgleichs zu liefern hatte, im Hinblick auf die

jetzige und künftige Aufgabenstellung gestrafft werden kann. Während der Grundaufbau im allgemeinen beibehalten werden dürfte, wird zu untersuchen sein, inwieweit Gliederung und Gruppierung eingeschränkt werden können. Eventuell wird es zweckmäßig sein, ein jährlich zu erhebendes allgemeines Mindestprogramm festzulegen und daneben im Wechsel eingehendere Untersuchungen über bestimmte Verwaltungszweige vorzunehmen. Außerdem soll auch geprüft werden, ob bei maschineller Aufbereitung nicht unmittelbar die Jahresrechnungen abgelocht werden können. Damit würde sich für die betreffende Gemeinde das Ausfüllen besonderer Erhebungsbögen erübrigen. Die mit der Überprüfung des finanzstatistischen Programms zusammenhängenden Fragen sollen demnächst im Fachausschuß behandelt werden.

Der zur Vorbereitung der Vermögensstatistik der Gebietskörperschaften gebildete Arbeitskreis hat den vermögensstatistischen Kennziffernplan inzwischen abschließend behandelt und wird sich nunmehr mit Fragen der Vermögensbewertung befassen.

Im Rahmen der Vorbereitung der Gewerbesteuerstatistik 1958 konnte das Zusatzprogramm für die Meßbetragsstatistik fertiggestellt werden.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Die auf der letzten Beiratstagung diskutierten Abweichungen der Erwerbstätigenzahlen des Mikrozensus für Oktober 1957 von den nach anderen Methoden gewonnenen Fortschätzungsergebnissen sind im September-Heft 1959 von „Wirtschaft und Statistik“ eingehend untersucht worden. Dabei wurden die Ergebnisse des Mikrozensus mit den Ergebnissen anderer Teilstatistiken des Erwerbslebens verglichen. Durch die Ermittlung der Arbeitszeiten im gesamten Erwerbsleben ist von der amtlichen deutschen Statistik neues Material erschlossen worden. Mit Hilfe einer Sonderaufbereitung sind außerdem haushalts- und familienstatistische Auswertungen vorgenommen worden, durch die der Mikrozensus unter anderem auch wichtiges Material für das Gliederungssystem der Volkszählung 1961 geliefert hat.

Neben diesen und anderen Ergebnissen für 1957 liegen inzwischen - zum Teil bereits veröffentlichte - Angaben für Oktober 1958 vor. Nachdem die Ergebnisse für 1957 zunächst ein Strukturbild aufgezeichnet haben, ist nunmehr der zeitliche Vergleich als Voraussetzung für die methodische Weiterentwicklung des Mikrozensus in den Vordergrund getreten. Die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme sind unter anderem im Fachausschuß erörtert worden. Insbesondere ergibt sich die Notwendigkeit, die einzelnen Veränderungen zwischen zwei Befragungen möglichst genau zu analysieren. Als Voraussetzung hierfür ist das teilweise Auswechseln der Stichprobenmasse („partielle Rotation“) vorgesehen. Eine weitere Möglichkeit ist die „Rückwärtsbefragung“ bei den neu hinzugekommenen Haushalten.

Mit der im Oktober 1959 gestellten Frage nach der Verteilung der Arbeitszeit auf eine 5-Tage-, 6-Tage- oder geteilte (5- und 6-Tage-) Woche ist unter anderem auch einer Anregung aus dem Kreise des Beirats entsprochen worden.

Die für Oktober 1960 in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vorgesehene Stichprobenerhebung über die Erwerbstätigkeit wird in der Bundesrepublik in Form der - durch einige Zusatzfragen zu ergänzenden - 1-vH-Mikrozensuszusatzenerhebung durchgeführt werden.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verweist auf seine gelegentlich der letzten Beiratstagung geäußerten Bedenken gegen die Ergebnisse der Erhebung vom Oktober 1957, soweit sie den Wirtschaftsbereich „Land- und Forstwirtschaft“ und insbesondere die in der Landwirtschaft geleisteten Arbeitszeiten betreffen. Diese Bedenken hätten sich auf Grund der Ergebnisse für Oktober 1958 und der dort aufgezeigten großen Veränderungen gegenüber 1957 noch verstärkt. Das Statistische Bundesamt sollte daher sorgfältig prüfen, ob und inwieweit auf die Veröffentlichung von Ergebnissen, die keine ausreichende Zuverlässigkeit bieten, insbesondere auf Teilbereichen verzichtet werden könnte.

Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß man sich von vornherein über den Unsicherheitsbereich bei der 1-vH-Stichprobe im klaren gewesen sei. Es sei aber zu hoffen, daß durch methodische Verbesserungen in Zukunft eine größere Genauigkeit für die zeitlichen Vergleiche erreicht werden könne. Auf die Veröffentlichung der Ergebnisse sollte daher nicht verzichtet werden. Dabei dürften jedoch nicht nur Gesamtzahlen über die Erwerbstätigkeit gebracht werden, sondern für die großen Gruppen der Erwerbstätigen müßte wenigstens ein Gesamtbild der Beschäftigung in den vier Wirtschaftsbereichen aufgezeichnet werden. Das Statistische Bundesamt habe es deshalb - wie in anderen Fällen - in Erfüllung seiner vom Gesetz vorgeschriebenen Aufgaben gerade für richtig gehalten, auch auf methodische Schwierigkeiten, Ungenauigkeiten der Daten und Unterschiede zwischen den Ergebnissen einzelner Statistiken in seinen Veröffentlichungen hinzuweisen. Es werde sich weiterhin rechtzeitig mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Verbindung setzen, wenn neue Ergebnisse vorliegen.

Der Vertreter der wirtschaftswissenschaftlichen Institute würde eine schnellere Veröffentlichung der Jahresergebnisse begrüßen und bedauert andererseits, daß die Vierteljahresergebnisse des Mikrozensus bisher nicht veröffentlicht worden sind.

Vom Statistischen Bundesamt wird darauf hingewiesen, daß mit dieser neuen Statistik zunächst gewisse Erfahrungen gesammelt werden mußten. Die Angaben für 1959 werden bereits kurzfristiger veröffentlicht werden. Von einer Veröffentlichung der Vierteljahresergebnisse 1958 wurde zunächst abgesehen, da sich (z.B. durch die Auflockerung der Wohndichte, das Umziehen in Neubauten usw.) einige Schwierigkeiten ergeben hatten, deren Bereinigung relativ viel Arbeit verursache.

D. Verschiedenes

Vom Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels wird vorgeschlagen, die Fachausschußsitzungen künftig vor den Besprechungen mit den Referenten der Statistischen Landesämter stattfinden zu lassen, damit auf den Referentenbesprechungen, deren Zuständigkeit auf dem Gebiet technisch-organisatorischer Fragen liege, nicht bereits gemeinsame Auffassungen zu fachlich-methodischen Fragen festgelegt werden, die noch nicht im Fachauschuß behandelt seien. Andererseits sei zu überlegen, wie vermieden werden könne, daß im Beirat reine Fachauschußthemen behandelt werden. Eventuell sollten im Amtsbericht jeweils am Schluß der Abteilungsberichte die wichtigsten im Fachauschuß behandelten Punkte herausgestellt werden.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz hält die bisherige Reihenfolge der Tagungen für zweckmäßiger, da ohne Vorklärung technisch-organisatorischer Fragen die Gefahr bestehe, daß die Erörterungen im Fachauschuß in dieser Hinsicht nicht immer von realen Vorstellungen ausgingen. Auch Präsident Dr. Fürst sieht in der bisherigen Reihenfolge gewisse Möglichkeiten, die Fachauschüsse zu entlasten. Man müsse andererseits aber auch der Bedeutung der Fachauschüsse und ihrer Auffassung Rechnung tragen, daß sie nicht einer bereits festgelegten Meinung der Fachreferenten gegenüberstehen möchten. Es müsse deshalb noch überlegt werden, ob und in welchen Fällen die Reihenfolge der Sitzungen geändert werden sollte. Auf alle Fälle soll in Zukunft auf eine genauere Aufteilung der Tagesordnungspunkte in Themen für Referentenbesprechungen und für Fachauschußsitzungen geachtet werden. Zur zweiten Frage gibt der Vorsitzende zu bedenken, daß die Entscheidung, welche Fachauschußpunkte dem Beirat gegenüber besonders herausgestellt werden sollten, mitunter schwierig sei. Es werde aber überlegt werden, ob im nächsten Amtsbericht entsprechend verfahren werden kann.

Abschließend weist Präsident Dr. Fürst auf die Konsequenzen hin, die sich aus dem Ablauf dieser Sitzung für die künftigen Tagungen ergeben. Es wäre z.B. zu klären, ob für die Diskussion ein grundsätzliches Problem besonders herausgestellt oder sämtliche

Tagesordnungspunkte nur auf der Grundlage des Amtsberichts behandelt werden sollten. Es würde die Arbeit des Statistischen Bundesamtes sehr erleichtern, wenn aus den Reihen der Beiratsmitglieder rechtzeitig vor den Tagungen Hinweise auf grundsätzlich wichtige Fragen gegeben würden. Außerdem sei zu überlegen, ob bei der Erörterung der Abteilungsberichte im Beirat künftig auf die mündliche Berichterstattung durch das Statistische Bundesamt verzichtet werden sollte.

Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hält die jährlichen Beiratstagungen für außerordentlich wertvoll und begrüßt insbesondere die Doppelwirkung, die von der Beratung des Bundesamtes durch den Beirat einerseits und die Information des Beirats durch das Bundesamt andererseits ausgeht. Das Ergebnis dieser Tagung sei durchaus beeindruckend. Wenn die Diskussion künftig noch weiter intensiviert werden sollte, könnten sich die rein informativischen Ausführungen auf die schriftliche Wiedergabe beschränken. Es sei zu überlegen, ob der Amtsbericht durch Ergänzungsblätter mit zusätzlichen, während der Drucklegung anfallenden Informationen vervollständigt werden könnte. Dies schließe jedoch nicht aus, daß wichtige Punkte der Abteilungsberichte diskutiert werden müssen.

Zum Vorschlag des Vertreters des Bundesministeriums für Verkehr, den Amtsbericht künftig noch früher herauszugeben, wird vom Statistischen Bundesamt zu bedenken gegeben, daß dann die Aktualität des Berichts leiden müßte.

Der Vorsitzende schließt die Tagung mit dem Dank an die Teilnehmer für die rege Beteiligung an der Diskussion, die insbesondere zu den beiden Hauptproblemen, den Fragen des statistischen Nachweises im warenproduzierenden Bereich und der Wahl eines neuen Basisjahres, dem Statistischen Bundesamt wertvolle Hinweise für die weitere Arbeit gegeben hat.

Wiesbaden, 12. August 1960

J
10.8.60
lo.
ju/9.

Handwritten notes:
I/D
I/E
I/H

Herrn
Präsident Dr. Fürst
und allen Abteilungen

im Hause

Betr.: Protokoll über die Beiratstagung 1960;
hier: Konsequenzen und Stand der Erledigungen

Für die Abteilungsleiterbesprechung am 17. August 1960 wird
der Punkt

Konsequenzen der Beiratstagung 1960
und Stand der Erledigungen

/ angemeldet, für den die beiliegende Übersicht angefertigt
worden ist.

Anlage

Handwritten signature:
Dr. Szameitat

Übersicht

über die Konsequenzen der Beiratstagung 1960
und Stand der Erledigungen

I. Problematik der Indexberechnungen, Wahl eines neuen
Basisjahres

1. Preisindizes, Lebenshaltungsindex

VI

An der Umstellung der Indizes auf Basis 1958 wird gearbeitet. Wegen der Wahl eines mehrjährigen Basiszeitraumes für die Landwirtschaft wurde mit dem BML Fühlung aufgenommen.

2. Produktionsindex; neue Nettoleistungserhebung

IV

a) Die endgültige Entscheidung über die von den Statistischen Landesämtern angeregte neue Lösung (Ermittlung der Nettoproduktionswerte durch zusätzliche Fragestellungen der Länder bei der Zusatzerhebung 1960) steht noch aus.

IV, II

b) Für eine Besprechung der Frage des Basisjahres mit den Instituten im Arbeitskreis "Erörterung des statistischen Instrumentariums für die allgemeine Wirtschaftsbeobachtung" ist ein Termin noch nicht bekannt.

IV

c) Eine erste Besprechung über die neue Nettoleistungserhebung (voraussichtlich Verschiebung auf 1962) hat im Fachausschuß stattgefunden.

II. Arbeits- und Zeitpläne

- I Ein längerfristiger Plan wird in Kürze an die Statistischen Landesämter versandt werden.

III. Zählungswerk 1960/62

1. Volks- und Berufszählung

- VIII Die von den Instituten angemeldeten Punkte (erweitertes Erwerbstätigkeitskonzept; sozioprofessionelle Gliederung; Probleme der Haushaltsstatistik) sind, soweit möglich, durch die Besprechung im Fachausschuß erledigt.

2. Wohnungstatistische Feststellungen

- VI Die beabsichtigte schriftliche Äußerung des Amtes zur Frage der ~~Bildung von~~ Zählbezirksarten steht noch aus.

3. Verkehrszensus

- V Die Fragen zur Erfassung des Werknahmeverkehrs haben sich durch die Festlegung des Erhebungsprogramms erledigt.

IV. Diskussion der Abteilungsberichte

1. Elektronenanlagen

- I, (Z) a) Die Frage, ob es zweckmäßiger ist, Kleinanlagen zu kaufen oder zu mieten, soll im Ausschuß für maschinelle Aufbereitung überlegt werden (vorgesehen: Anfang Oktober 1960).
- I b) Die besondere Besprechung mit den Beiratsmitgliedern über die Arbeitsweise der Anlagen (einschl. Berücksichtigung) soll im Laufe des Jahres 1961 stattfinden.

2. Wechsel der Berichtspflichtigen bei Repräsentativerhebungen

- I, II-VIII Die Grundsätze sollen im Arbeitskreis für Fragen der mathematischen Methodik entwickelt und die Anwendungsfälle in den zuständigen Ausschüssen besprochen werden.

Grundsätzliche Überlegungen enthält bereits der demnächst erscheinende Stichprobenband.

3. Weitere Arbeiten auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

II Die Pläne hierfür sollen im Laufe des Jahres 1960 im Fachausschuß besprochen werden.

4. Kostenstrukturerhebungen

II Die Fachausschußmitglieder wurden gebeten, ihr Interesse an der Besprechung der einzelnen Erhebungen anzumelden.

5. Systematik der Wirtschaftszweige

II Zur Diskussion der noch nicht abgeschlossenen Abteilungen (5 bis 9) soll der Fachausschuß im Herbst 1960 nochmals einberufen werden.

6. Verbesserung der Erntestatistik (Weinmosternte)

III Über die Grundlagen für die Revision der Weinmosterntestatistik soll im Fachausschuß beraten werden.

7. Auskunftsdienst zur Außenhandelsstatistik

V Mit dem Problem der Mehrarbeit durch die verstärkte Inanspruchnahme des Auskunftsdienstes soll sich u.a. ein Arbeitskreis "Außenhandelsstatistik" im Herbst 1960 befassen.

8. Veröffentlichungen zur Einzelhandelsstatistik

V Die geplante Veröffentlichung von Meßziffern für Versand- und Warenhäuser ist im Mai im Fachausschuß besprochen worden.

9. Statistik der Gemeindestraßen

V Die Wiederholung der Statistik mit Stichtag 31.12.1960 wurde im Fachausschuß und im Arbeitskreis beraten.

10. Laufende Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Präs.(VI) Die Auffassung des Beirats ist im Bericht an die Bundesregierung und in einem Schreiben an den Vorsitzenden des

Wirtschaftsausschusses des Bundestages zum Ausdruck gebracht worden.

11. Baupreisstatistik

- VI a) Die Veröffentlichung von Ergebnissen für andere Bauwerksarten (außer Wohnungsbau) steht bevor.
- VI b) Nach Verkündung des Bundesbaugesetzes sind die ersten Vorbereitungen für die Statistik der Baulandpreise aufgenommen worden.

12. Überprüfung des finanzstatistischen Programms

- VII Die hiermit zusammenhängenden Fragen (insbesondere Straffung der Rechnungsstatistik) sollen demnächst im Fachausschuß behandelt werden.

VI. Verschiedenes

1. Verhältnis von Referentenbesprechungen zu Fachausschußsitzungen (Reihenfolge, Themenkreis).

,II-VIII

Bei Terminen und Tagesordnungen soll künftig auf möglichst klare Trennung hingewirkt werden (Abt.-Ltr.-Besprechung am 16. Juli 1960).

2. Tagesordnung und Ablauf künftiger Beiratstagungen

Präs., I
(II - VIII)

- a) Zur gegebenen Zeit müßte geklärt werden, ob grundsätzliche Probleme besonders herausgestellt oder alle Tagesordnungspunkte auf der Grundlage des Amtsbezirks behandelt werden sollen.

Präs., I
(II - VIII)

- b) Vor der nächsten Beiratstagung soll ^{en} Art und Umfang der mündlichen Abteilungsberichte festgelegt werden (Abt.-Ltr.-Besprechung am 7. Mai 1960).